



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

31. März 1993

Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan, bzw. Usbekistan und Weissrussland

Aufgrund des Antrages des EVD vom 17. März 1993

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die paraphierten Texte der Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan, bzw. Usbekistan und Weissrussland werden genehmigt.
2. Bundesrat Stich oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen mit Usbekistan zu unterzeichnen. Bundesrat Delamuraz oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen mit Weissrussland zu unterzeichnen. Staatssekretär Blankart oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen mit Kasachstan zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zur Unterzeichnung der Abkommen erforderlichen Vollmachten auszustellen.
4. Die schweizerischen Bevollmächtigten werden ermächtigt, anlässlich der Unterzeichnung dieser Abkommen zu erklären, dass die Schweiz unter Vorbehalt der Reziprozität diese Abkommen von dem in der jeweiligen Erklärung genannten Tag an vorläufig anwenden wird.
5. Sofern die in Ziffer 4 genannten Erklärungen vorliegen, werden die entsprechenden Abkommen von dem in der jeweiligen Erklärung genannten Tag an vorläufig angewendet.
6. Das EVD wird beauftragt, nach der Unterzeichnung der Abkommen eine Botschaft an die Eidgenössischen Räte über die Genehmigung dieser Abkommen vorzubereiten. Die Anliegen des EJPD (Mitbericht v. 26.3.93) werden dabei berücksichtigt.

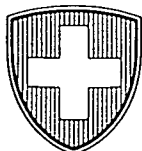
Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	15	-
		EVED		
	X	BK	6	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Protokollauszug:

Musard Müller

Dodis





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2310.1

Bern, den 17. März 1993

An den Bundesrat

Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan bzw. Usbekistan und Weissrussland (Belarus)

Wir unterbreiten Ihnen einen Antrag zur Genehmigung von Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan bzw. Usbekistan und Weissrussland, welche am 26.11.1992 in Alma-Ata (Kasachstan), am 30.11.1992 in Taschkent (Usbekistan) und am 22.01.1993 in Minsk (Weissrussland) paraphiert wurden.

1. Ursprung der Abkommen mit GUS-Staaten

Wegen der Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind fünfzehn souveräne Staaten entstanden, welche von der Schweiz Ende 1991 anerkannt worden sind. Angesichts ihrer starken gegenseitigen Verflechtung haben sich elf Republiken in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) zusammengeschlossen im Bestreben, aussen-, sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen.

Bilaterale Kontakte in der ersten Jahreshälfte 1992 haben gezeigt, dass diese Staaten wenig Neigung zeigen, einst von der Sowjetunion vereinbarte Abkommen unverändert zu übernehmen. Kasachstan, Usbekistan und Weissrussland haben in der Folge das Begehren gestellt, mit der Schweiz ein wirtschaftliches Vertragsnetz aufzuziehen. In der Absicht, diese Länder bei ihren Bemühungen um die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien zu unterstützen, hat die Schweiz entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Gleichzeitig mit den obgenannten Abkommen sind auch bilaterale Verträge über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen mit diesen Ländern ausgehandelt und paraphiert worden.

Gründe, die den Abschluss neuer Abkommen ausserdem rechtfertigen, sind einerseits der Wunsch, den "vertragslosen Zustand" zu beenden und sodann die Notwendigkeit, ein Vertragsnetz aufzubauen, welches der neuen Lage gerecht wird. Im weiteren geht es längerfristig darum, durch diese neue Generation von Abkommen die früher mit der UdSSR abgeschlossenen Verträge abzulösen.

Das Bundesamt für Aussenwirtschaft hat mit dieser Absicht ein ausbaufähiges Abkommensmodell entwickelt, das einstweilen die grundlegenden GATT-Prinzipien (Meistbegünstigung,

Nichtdiskriminierung und Inländerbehandlung)¹, Bestimmungen über den verbesserten Schutz des geistigen Eigentums sowie Bereiche für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit enthält. Der Vertragstext könnte je nach weiterem Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den einzelnen GUS-Staaten weiter ausgebaut und vertieft werden.

2. Die politische und wirtschaftliche Situation in den drei Staaten

Die aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten waren auf ihre Souveränität weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht vorbereitet. Um gemeinsam einen Weg in die Zukunft zu finden, haben sich elf Staaten, darunter auch Kasachstan, Usbekistan und Weissrussland, zur Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) zusammengeschlossen. Obwohl jedes Gemeinschaftsmitglied spezifische Probleme zu lösen hat und die Zahl der Teilnehmerstaaten Änderungen erfahren kann, sehen sich alle vor die Aufgabe gestellt, politische und wirtschaftliche Reformen durchführen zu müssen.

2.1. Republik Kasachstan

Kasachstan mit einer Oberfläche von 2,7 Mio. km² ist nach Russland der zweitgrösste Staat der ehemaligen Sowjetrepubliken und hat eine Bevölkerung von 16,5 Mio. Einwohnern. Die Kasachen, ein Turkvolk, mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 40 Prozent, stellen im Vergleich zur russischstämmigen Bevölkerung kein Schwergewicht dar. Die Regierung bemüht sich daher, das labile Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Volksgruppen nicht zu stören. Aus diesem Grund werden politische und wirtschaftliche Reformen behutsam angegangen. Trotzdem sind diese im Vergleich zu den anderen vier Staaten Zentralasiens weiter gediehen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Republik basiert vor allem auf den reichlich vorhandenen Rohstoffen (Metalle jeder Beschaffenheit, etwa Chromiten, Bauxit, Tonerde, Uranerz, Gold, Silber, daneben Erdöl-, Erdgas- und Kohlevorkommen). Neben riesigen Wüsten und Halbwüsten finden sich weite landwirtschaftliche Nutzflächen, welche vor allem dem Getreideanbau und der Viehzucht dienen. Kasachstan ist ein wichtiger Lebensmittelverarbeiter und diese Erzeugnisse werden vor allem exportiert. Kasachstan verfügt über eine breite Grundstoffindustrie, welche vorhandene Bodenschätze verarbeitet. Veraltete Technologie belastet die Umwelt allerdings schwer. Auch das Atomtestgelände von Semipalatinsk ist stark radioaktiv verstrahlt und weite Teile des Landes sind heute infolge früherer sowjetischer Atomtests unbewohnbar.

Im Vergleich zu den anderen GUS-Mitgliedern rangiert Kasachstan aufgrund seines produzierten Pro-Kopf Einkommens in der zweiten Hälfte des GUS-Verbunds, vermochte sich aber vor den übrigen zentralasiatischen Staaten zu plazieren (Nordwest-Südost-Gefälle). Dank der reichlichen Öl- und Gasvorkommen vermochte die Republik im letzten Jahr zahlreiche ausländische Investoren (Ölmultis) anzuziehen. Der Abbau und Abtransport dieser Energieträger wird weitere ausländische Investitionen erfordern und den Aufbau des bisher vernachläss-

1. Kasachstan und Weissrussland haben im GATT Beobachterstatus.

sigten Dienstleistungssektors notwendig machen. Mittelfristig dürfte sich somit auch für die Schweizer Wirtschaft ein interessantes Nachfragepotential entwickeln.

Kasachstans Nachteil besteht darin, dass es ein Binnenland ist und weit von potentiellen Märkten (Europa und Asien) entfernt liegt. Komparative Vorteile (geringere Gestehungskosten, qualifizierte Arbeitskräfte) vermögen diesen Mangel nur ungenügend wettzumachen. Auch die Tatsache, dass Kasachstan vor allem Rohstoffe exportiert, macht das Land extrem von der Entwicklung der Weltmarktpreise und der internationalen Konjunkturlage abhängig. Der Rohstoffreichtum wird der weiteren Entwicklung des Landes aber dennoch sehr nützlich sein.

2.2. Republik Usbekistan

Usbekistan ist mit 20 Millionen Einwohnern (69% Usbeken, 11% Russen) das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens. 50% der Einwohner sind unter 16 Jahre alt. Das Staatsterritorium umfasst 450'000km². Die politische Macht liegt zur Hauptsache in der Nachfolgepartei der KP Usbekistans. Obwohl es Ansätze zu einer politischen und wirtschaftliche Reform gibt, regiert der Staatspräsident in autoritärer Weise, was besonders fundamentalistische islamische Kreise trifft, versucht doch die Regierung, ein Überschwappen entsprechender Strömungen zu verhindern. Was die Umsetzung von Reformen in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft angeht, wählt die Regierung - nicht zuletzt wegen der Alterstruktur der Bevölkerung - ein behutsames Vorgehen, liegt ihr doch daran, eine Jugendarbeitslosigkeit wegen der damit verbundenen Risiken zu vermeiden.

Aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen heraus setzt sich Usbekistan für die Erhaltung der GUS ein und ist an der Schaffung einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit sowie an einer Stärkung des zentralasiatischen Wirtschaftsraumes interessiert. Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Kasachstan bemühen sich mit Russland um den Aufbau einer Zollunion.

Usbekistan ist der viertgrösste Baumwollproduzent der Welt. Die jahrelange einseitige Konzentration der Landwirtschaft auf die Baumwollproduktion hatte zur Folge, dass andere Sektoren der Volkswirtschaft weitgehend vernachlässigt worden sind. Lebensmittelverarbeitende und Gebrauchsgüterindustrie sowie ein Dienstleistungssektor fehlen weitgehend. Die weitere Entwicklung industrieller Strukturen könnte hingegen durch die Konversion von Rüstungsbetrieben begünstigt werden, da deren Produktionsapparat als relativ zeitgemäss gilt.

Im Vergleich zu anderen GUS-Staaten ist Usbekistan unterdurchschnittlich entwickelt. 1990 erwirtschaftete es ein Pro-Kopf Einkommen, das nur noch von Tadschikistan unterboten wurde. Das Staatsbudget war während Jahren defizitär und wurde durch Zuwendungen aus dem Unionsbudget ausgeglichen.

Usbekistan besitzt gegenüber Kasachstan einige Standortvorteile. Es befindet sich im Zentrum des zentralasiatischen Marktes und verfügt auch über reiche Rohstoffe. Das in der Republik im Tagbau gewonnene Gold ist von überdurchschnittlicher Reinheit und deshalb sehr gesucht. Auch der Abbau und Verkauf von Uran, Erdöl und Erdgas bringen dem Staat wichtige Deviseneinnahmen. Hinzu kommen weitere Erlöse aus Verkäufen von seltenen Metallen aus der zu Usbekistan gehörenden Autonomen Republik Karakalpakstan. Touristi-

sche Attraktionen, etwa die Städte Bucharu und Samarkand, sind weltberühmt und mit ein Grund für den Zufluss von Devisen und Investitionen. Ansätze von Privatwirtschaft im Bereich der Landwirtschaft haben selbst zur Sowjetzeit nicht ausgerottet werden können, so dass ein gewisses Verständnis für marktwirtschaftliche Strukturen im Ansatz nach wie vor präsent ist. Negative Faktoren sind das trockene, im Sommer sehr heisse Klima und der Mangel an Wasser, was zu Umweltproblemen (Überdüngung und Versalzung des Bodens) führt und das Trinkwasser kontaminiert und sich dadurch auf die Volksgesundheit nachteilig auswirkt.

Es ist denkbar, dass die Republik als Investitionsstandort in den Bereichen von Dienstleistungen und Tourismus an Bedeutung gewinnen wird. Zudem könnte sie zu einem Ausgangspunkt für Investitionen in benachbarten Ländern der Region, etwa Pakistan oder Indien, eventuell Südkorea, werden. Im Zuge des Aufbaus einer eigenen textil- und lebensmittelverarbeitenden Industrie werden sich nicht unerhebliche Exportmöglichkeiten ergeben.

2.3. Republik Weissrussland

Weissrussland mit einer Oberfläche von 210'000km² zählt 10 Millionen Einwohner, wovon fast achtzig Prozent Weissrussen sind. Minderheiten bilden Russen, Polen und Ukrainer. Weissrussland hat wenig eigene Rohstoffe. Im Vergleich zu den anderen GUS-Staaten ist es industriell und landwirtschaftlich relativ hoch entwickelt. Da Belarus wirtschaftlich von Russland abhängig ist (Energieträger und Produktionsrohstoffe müssen fast vollständig importiert werden) und sich andererseits genötigt sieht, die eigene Produktion auf den Märkten der ehemaligen Sowjetunion abzusetzen, hat sich das Land sehr vorsichtig aus dem einstigen Unionsverband gelöst. Politische und wirtschaftliche Reformen sind von der Regierung bisher mit Vorsicht angegangen worden und verlaufen entsprechend. Das Ziel der Behörden besteht einerseits darin, ein weiteres Absinken der Wirtschaftsleistung zu verhindern, andererseits die politische, wirtschaftliche und soziale Situation nicht ausser Kontrolle geraten zu lassen.

Weissrussland liegt vergleichsweise nahe am europäischen Markt und die in der Republik ansässigen Betriebe, die u.a. Fahrzeuge, Landwirtschaftsmaschinen, Uhren und elektrische Geräte herstellen, könnten dank gutausgebildeten Fachkräften und vergleichsweise tiefen Lohn- und Produktionskosten auch für Schweizer Investoren interessant werden, sofern die Reformen verfestigt und die Eigentumsproblematik einmal abschliessend geklärt sein werden. Auch der Aufbau eines Dienstleistungssektors dürfte ein lohnenswertes Betätigungsfeld werden.

3. Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Kasachstan, Usbekistan und Weissrussland

Näheren Aufschluss über die Handelsbeziehungen mit Kasachstan, Usbekistan und Weissrussland gibt es erst seit der Unabhängigkeit dieser Staaten. Laut schweizerischer Aussenhandelsstatistik des Jahres 1992 wurden aus Usbekistan Güter in der Höhe von Fr. 8,3 Mio. (vor allem Baumwolle) importiert, womit Usbekistan im Vergleich zu Kasachstan mit Fr. 7,6 Mio. und Weissrussland mit Fr. 0,7 Mio. der wichtigste Importpartner war. Aus Kasachstan und Weissrussland wurden hauptsächlich Metalle und Metallwaren eingeführt. Die schweizerischen Exporte in diese Staaten bestanden vorwiegend aus chemischen Produkten und

Maschinen. Unter den drei Staaten ist Weissrussland (Fr. 12,5 Mio.) der erste Exportmarkt für die Schweiz, gefolgt von Usbekistan (Fr. 5,4 Mio.) und Kasachstan (Fr. 4,1 Mio.).

Auch wenn das Aussenhandelsvolumen mit diesen Staaten zur Zeit im Vergleich zu Russland sehr bescheiden ist, bestehen doch angesichts des Potentials dieser Märkte und der vorhandenen Rohstoffvorkommen mittel- und langfristig gute Aussichten für Handel und Kapitalanlagen, sind doch insbesondere bisher vernachlässigte Sektoren im Investitions- und Gebrauchsgütersegment vermehrt zu fördern.

4. Inhalt der Abkommen

Die mit den drei Staaten vereinbarten Abkommen stellen ausbaufähige Rahmenabkommen dar. Mit ihnen sollen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aufgrund der für den internationalen Handel relevanten und im GATT verankerten Prinzipien entwickelt werden. Diese Prinzipien werden in den Abkommenstext integriert, nämlich die Meistbegünstigung (Art. 2)², das Diskriminierungsverbot (Art. 3) und die Inländerbehandlung (Art. 4). Artikel 5 sieht vor, dass Leistungsbilanzzahlungen in frei konvertierbarer Währung erfolgen. Des weiteren sollen die Vertragsparteien gegenüber Drittparteien beim Zugang zu Devisen diskriminierungsfrei behandelt werden. Preise sollen aufgrund marktwirtschaftlicher Prinzipien festgesetzt werden (Art.6).

Artikel 7 enthält eine allgemeine Transparenzklausel.

Im Falle von Marktstörungen (Art. 8) verpflichten sich die Vertragsparteien zu gegenseitigen Konsultationen und zur Suche einvernehmlicher Lösungen. Misslingt dies innerhalb einer bestimmten Frist, haben die Vertragsparteien nach vorheriger Ankündigung das Recht, Schutzmassnahmen zu ergreifen.

In Artikel 9 verpflichten sich die Vertragsparteien, das geistige Eigentum in einer angemessenen, wirksamen und nichtdiskriminierenden Weise zu schützen. Sofern dies nicht bereits der Fall ist, werden sie alles unternehmen, um die Gesetzgebung innerhalb einer bestimmten Frist den im Abkommen genannten Konventionen anzugleichen und, sofern sie noch nicht Mitglied sind, diesen und auch anderen multilateralen Abkommen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums beizutreten.

Artikel 10 enthält die für Handelsverträge üblichen Ausnahmeregelungen.

Artikel 11³ umschreibt eine Entwicklungsklausel, wonach das Abkommen neuen Bedürfnissen angepasst bzw. dessen Deckungsbereich ausgeweitet werden kann.

-
2. Die Nummerierung der Artikel folgt dem Abkommen mit Usbekistan. Addiert man ab Art. 2 des Usbekistan-Abkommens +1, hat man die entsprechenden Artikel der Abkommen mit Kasachstan und Weissrussland (z.B. Art. 4 (Usb.: National treatment) +1 = Art. 5 National treatment (Kasachst. , Weissrusl.).
 3. Im Abkommen mit Weissrussland in Art. 14.

Artikel 12⁴ führt vorrangige Sektoren der bilateralen Zusammenarbeit mit dem Ziel auf, die andere Vertragsseite allmählich mit marktwirtschaftlichen Strukturen vertraut zu machen, beispielsweise durch die Erschliessung neuer Märkte oder die Zusammenarbeit unter Privatunternehmen. In Bereichen wie geistiges Eigentum, Handelspolitik, Management, Bank- und Finanzwesen sollen durch technische Zusammenarbeitsvorhaben Kenntnisse weitergegeben und vertieft werden.

Artikel 13⁵ sieht die Bildung eines Gemischten Ausschusses vor, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Funktionstüchtigkeit der Vereinbarung sicherzustellen.

Gemäss Artikel 14 finden diese Abkommen auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieses mit der Schweiz durch eine Zollunion verbunden ist.

Die Abkommen treten nach gegenseitiger Notifizierung des Abschlusses der internen Genehmigungsverfahren in Kraft (Art. 16). Sie sind jederzeit auf sechs Monate kündbar.

5. Verfassungsmässigkeit

Artikel 8 der Bundesverfassung gibt dem Bund das Recht zum Abschluss internationaler Verträge. Gemäss Artikel 85 Absatz 5 der Bundesverfassung ist die Bundesversammlung für deren Genehmigung zuständig. Wir beantragen, das EVD mit der Ausarbeitung der entsprechenden Botschaft an die Bundesversammlung zu beauftragen.

Die vorliegenden Abkommen können unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von sechs Monaten jederzeit gekündigt werden. Es liegt weder ein Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Die von der Bundesversammlung zu genehmigenden Abkommen werden daher nicht dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 89 Absatz 3 der Bundesverfassung unterliegen.

6. Finanzielle Auswirkungen für die Schweiz

Die Unterzeichnung dieses Abkommens ist mit keinen direkten finanziellen Auswirkungen auf die Bundeskasse verbunden. Allfällige Projekte der wirtschaftlichen Kooperation würden über die laufenden Rahmenkredite für die Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Staaten abgewickelt.

7. Unterzeichnung der Abkommen und vorläufige Anwendung

Das Abkommen mit Usbekistan soll durch Bundesrat Stich anlässlich des bevorstehenden Besuchs in Taschkent unterzeichnet werden.

4. Im Abkommen mit Weissrussland ebenfalls Art. 12
5. Im Abkommen mit Weissrussland ebenfalls Art. 13.

Der Vertrag mit Weissrussland soll durch Bundesrat Delamuraz anlässlich eines Besuches in Minsk, das Abkommen mit Kasachstan durch Staatssekretär Blankart oder einen durch ihn zu bezeichnenden Stellvertreter unterschrieben werden.

Es besteht die Absicht, die drei Abkommen zwischen den jeweiligen Vertragsparteien vorläufig in Anwendung zu bringen. Diese vorläufige Anwendung erfolgt gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über aussenwirtschaftliche Massnahmen (SR 946.201). Da die Abkommen keine diesbezüglichen Bestimmungen enthalten, ist vorgesehen, dass die Bevollmächtigten anlässlich der Unterzeichnung erklären, dass sie unter Vorbehalt der Reziprozität das jeweilige Abkommen von einem anlässlich der Unterzeichnung zu bestimmenden Tag an vorläufig anwenden werden.

Die vorläufige Anwendung dient wesentlichen schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Sinne von Artikel 2 des Bundesgesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen. Es handelt sich bei den genannten Staaten um potentiell interessante Wirtschaftspartner. Infolge der vor kurzem erlangten Unabhängigkeit sind diese daran interessiert, raschmöglichst die zwischenstaatlichen Regeln des Handels und der Wirtschaftskooperation vertraglich festzulegen. Dieses Interesse manifestiert sich in der zügigen Verhandlungsführung und den grossen Anstrengungen, Kontakte mit schweizerischen Unternehmen aufzubauen. Es würde von den Regierungen dieser Staaten nicht verstanden, wenn das Ratifikationsverfahren in der Schweiz eine Inkraftsetzung der Abkommen um nahezu ein Jahr hinausschieben würde.

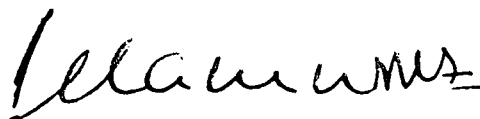
8. Ämterkonsultation

Die Bundeskanzlei, die Politische Abteilung I, der Finanz- und Wirtschaftsdienst und die Völkerrechtsdirektion des EDA, das Bundesamt für Justiz und das Bundesamt für geistiges Eigentum des EJPD, die Eidgenössische Finanzverwaltung und die Oberzolldirektion des EFD sind konsultiert worden. Ihre Bemerkungen sind im Antrag berücksichtigt.

9. Antrag

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen: Entwurf des Beschlussesdispositivs
3 paraphierte Abkommenstexte (Kasachstan, Usbekistan, Weissrussland)

Zum Mitbericht an: BK
EDA
EJPD
EFD

Protokollauszug an: EVD (GS 5, BAWI 10)
EDA
EJPD
EFD

Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan, bzw. Usbekistan und Weissrussland

Aufgrund des Antrages des EVD vom 17. März 1993

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die paraphierten Texte der Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan, bzw. Usbekistan und Weissrussland werden genehmigt.
2. Bundesrat Stich oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen mit Usbekistan zu unterzeichnen. Bundesrat Delamuraz oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen mit Weissrussland zu unterzeichnen. Staatssekretär Blankart oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen mit Kasachstan zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zur Unterzeichnung der Abkommen erforderlichen Vollmachten auszustellen.
4. Die schweizerischen Bevollmächtigten werden ermächtigt, anlässlich der Unterzeichnung dieser Abkommen zu erklären, dass die Schweiz unter Vorbehalt der Reziprozität diese Abkommen von dem in der jeweiligen Erklärung genannten Tag an vorläufig anwenden wird.
5. Sofern die in Ziffer 4 genannten Erklärungen vorliegen, werden die entsprechenden Abkommen von dem in der jeweiligen Erklärung genannten Tag an vorläufig angewendet.
6. Das EVD wird beauftragt, nach der Unterzeichnung der Abkommen eine Botschaft an die Eidgenössischen Räte über die Genehmigung dieser Abkommen vorzubereiten.

Für getreuen Protokollauszug:

AGREEMENT
ON TRADE AND ECONOMIC COOPERATION
BETWEEN
THE REPUBLIC OF UZBEKISTAN
AND
THE SWISS CONFEDERATION

The Government of the Republic of Uzbekistan
and
the Swiss Federal Council
hereinafter referred to as the "Contracting Parties"

Aware of the particular importance of foreign trade and of different forms of economic cooperation for the economic development of both countries;

Expressing their preparedness to cooperate in seeking ways and means to expand trade and economic relations in accordance with the principles and conditions of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) signed in Helsinki on August 1, 1975, and other CSCE-documents, notably the Charter of Paris for a new Europe and the principles contained in the final document of the Bonn Conference on Economic Cooperation in Europe;

Desirous of creating favourable conditions for a substantial and harmonious development and diversification of trade between them and for the promotion of commercial and economic cooperation in areas of mutual interest;

Declaring their readiness to examine, in the light of any relevant factor, the possibility of developing and deepening their relations and to extend them to fields not covered by this Agreement;

Reaffirming their commitment to pluralistic democracy based on the rule of law, human rights including the rights of persons belonging to minorities, fundamental freedoms and to market economy;

Resolved to develop their trade relations in accordance with the basic principles of non-discrimination, reciprocity and proportionality;

Mindful of the fundamental role for international trade of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT);

Have decided, in pursuit of the above, to conclude this Agreement:



Article 1

Objective

1. The objective of this Agreement is to establish a framework of rules and disciplines for the conduct of trade in goods and economic relations between the Contracting Parties. In particular the Contracting Parties undertake, within the framework of their respective laws and obligations, to harmoniously develop mutual trade as well as various forms of commercial and economic cooperation.
2. The Contracting Parties recognize that the principles established by the CSCE-process constitute an essential element for the achievement of the objective of this Agreement.

Article 2

MFN-treatment

1. The Contracting Parties shall accord each other most-favoured-nation treatment with respect to customs duties and charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation of goods as well as taxes and other charges levied directly or indirectly on imported goods, and with respect to the methods of levying such duties, taxes and charges, and with respect to all rules and formalities in connection with trade.

Me.

C. Coiffe

2. Paragraph 1 shall not be construed so as to oblige one Contracting Party to extend to the other Contracting Party advantages it accords

- in order to facilitate frontier trade;
- with the aim of creating a customs union or a free trade area or pursuant to the creation of such an union or area in accordance with article XXIV of the GATT;
- to developing countries in accordance with GATT or other international arrangements.

Article 3

Non-discrimination

No prohibitions or quantitative restrictions, including licensing, on imports from or exports to the territory of the other Contracting Party shall be applied, unless the importation of the like product from third countries or the exportation of the like product to third countries is similarly prohibited or restricted. The Contracting Party which introduces such measures shall implement them in a manner which causes minimum harm to the other Contracting Party.

Article 4

National treatment

The goods of the territory of one Contracting Party imported into the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable than that accorded to like goods of national origin in respect of internal taxes and other internal charges and all laws, regulations and requirements affecting their internal sale, offering for sale, purchase, transportation, distribution or use.



Article 5

Payments

1. Unless otherwise agreed between parties to an individual transaction, payments in connection with the trade in goods and in services between those parties shall be made in freely convertible currency.
2. Parties to individual transactions, established in the territory of either Contracting Party, shall not be treated less favourably than parties to individual transactions of any third State with respect to the access to freely convertible currency.

Article 6

Other business conditions

1. Goods shall be traded between the parties to individual transactions at market-related prices. In particular state agencies and state enterprises shall make any purchases of imports or sales of exports solely in accordance with commercial considerations including price, quality and availability; they shall, in accordance with customary business practice, accord to enterprises of the other Contracting Party adequate opportunity to compete for participation in such transactions.
2. Neither Contracting Party shall require or encourage parties to individual transactions to engage in barter or countertrade transactions.



Article 7


Transparency

The Contracting Parties shall make available their laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings related to commercial activities in general and inform each other of any changes in their tariff or statistical nomenclature.

Article 8

Market disruption

1. The Contracting Parties shall consult each other if any good is being imported into the territory of one of them in such increased quantities or on such conditions as to cause or threaten to cause serious injury to domestic producers of like or directly competing goods. The Contracting Party requesting the consultations shall provide all pertinent information including evidence of serious injury or threat thereof caused by increased imports.
2. The consultations requested pursuant to paragraph 1 shall be held with a view to seeking mutually satisfactory solutions; they shall be completed not later than 30 days from the date of notification of the request by the Contracting Party concerned, unless the Contracting Parties agree otherwise.
3. If, following action under paragraphs 1 to 2, agreement is not reached between the Contracting Parties, the Contracting Party affected by the injury shall be free to restrict imports of the goods concerned to the extent and for such time as is absolutely necessary to prevent or remedy the injury. In this event and after consultations between the two Contracting Parties, the other Contracting Party shall be free to deviate from its obligations under this Agreement with respect to substantially equivalent trade.



4. In critical circumstances, where delay would cause damage which it would be difficult to repair, action under paragraph 3 may be taken provisionally without prior consultation, on the condition that consultation shall be effected immediately after taking such action.
5. In the selection of measures pursuant to paragraphs 3 and 4, the Contracting Parties shall give priority to those which cause the least disturbance to the functioning of this Agreement.

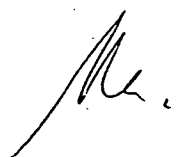
Article 9

Intellectual property

1. Considering the importance of intellectual property for the promotion of trade and economic cooperation, the domestic legislation of the Contracting Parties shall ensure full and effective protection of intellectual property rights, including in particular adequate and effective protection of copyright and neighbouring rights, trademarks, geographical indications, patents in all fields of technology, industrial designs, topographies of integrated circuits and undisclosed information know-how.

If the domestic legislation of either Contracting Party does not provide for such protection, the respective Contracting Party shall spare no effort within its powers to adjust its legislation as soon as possible but not later than five years after the entry into force of this Agreement. In particular the Contracting Parties shall take all measures to comply with the following multilateral conventions:

- a Paris Convention, of 20 March 1883, for the Protection of Industrial Property (Stockholm Act, 1967);
- b Berne Convention, of 9 September 1886, for the Protection of Literary and Artistic Works (Paris Act, 1971);



c International Convention, of 26 October 1961, for the Protection of Performers, Producers of Phonograms and Broadcasting Organisations (Rome Convention).

Furthermore, they shall make best endeavours to adhere to these conventions as well as to multilateral agreements facilitating cooperation in the field of protection of intellectual property rights.

2. The Contracting Parties shall ensure that the enforcement procedures against infringement of intellectual property rights, in particular against counterfeiting and piracy, be non-discriminatory, fair and equitable. They shall not be unnecessarily complicated and costly, or entail unreasonable time limits or unwarranted delays. Such provisions shall include in particular injunctions, damages adequate to compensate for the injury suffered by the right holder, as well as provisional measures.
3. Without prejudice to privileges granted to nationals of other States by virtue of an agreement on the harmonisation or mutual recognition of laws or an agreement facilitating cooperation in the field of protection of intellectual property rights, the Contracting Parties shall accord to nationals of the other Contracting Party treatment not less favourable than that accorded to nationals of any third State.

Article 10

Exceptions

1. Subject to the requirement that such measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination or a disguised restriction on trade between the Contracting Parties, this Agreement shall not preclude the Contracting Parties from taking measures justified on grounds of



- public morality;
- protection of human, animal or plant life or health and the protection of the environment;
- protection of intellectual property;

or any other measure referred to in article XX of the GATT.

2. This Agreement shall not limit the right of either Contracting Party to take any action justified on grounds referred to in article XXI of the GATT.

Article 11

Review and extension

1. The Contracting Parties agree to review the provisions of this Agreement upon request of either of them. Such review may in particular deal with the provisions on the protection of intellectual property rights with a view to further improve protection levels and to avoid or remedy trade distortions caused by intellectual property rights.
2. The Contracting Parties declare their readiness to develop and deepen the relations established by this Agreement and to extend them to fields not covered thereby, such as services and investment. Each Contracting Party may submit reasoned requests to that effect in the Joint Committee.

Article 12

Economic cooperation

1. The Contracting Parties shall make efforts to encourage and promote economic cooperation in areas of mutual interest.



2. The objectives of such economic cooperation shall be, inter alia
- to reinforce and diversify economic links between the Contracting Parties;
 - to contribute to the development of their economies;
 - to enhance structural changes in their economies;
 - to open up new sources of supply and new markets;
 - to encourage cooperation between economic operators with a view to promoting investment, joint ventures, licensing agreements and similar forms of cooperation;
 - to deepen cooperation between economic operators in various services industries;
 - to encourage the participation of small and medium-sized enterprises in trade and cooperation;
 - to enhance the protection of the environment.
3. The Contracting Parties consider that such economic cooperation can be furthered particularly by developing appropriate modalities for technical assistance in the field of intellectual property, by cooperating in the area of tourism, and by fostering education and training in fields such as trade policy, management, banking and finance; to this end, they shall coordinate efforts with relevant international organizations.



Article 13

Joint Committee

1. A Joint Committee shall be set up in order to ensure the operation of this Agreement. It shall consist of representatives of the Contracting Parties, act by mutual agreement and meet whenever necessary and normally once a year in the Republic of Uzbekistan and in Switzerland alternately. It shall be chaired alternately by the representative of the Contracting Party hosting the meeting.

2. The Joint Committee shall in particular
 - keep under review the functioning of this Agreement in particular regarding the interpretation and application of its provisions and the possibility of broadening its scope;

 - examine favourably ways of improving conditions for the development of direct contacts between firms established in the territory of the Contracting Parties;

 - serve as forum for consultations with the aim of solving problems between the Contracting Parties;

 - consider matters related to and affecting trade between the Contracting Parties;

 - review progress towards expanding trade and cooperation between the Contracting Parties;

 - exchange trade-related information and forecasts, as well as information pursuant to Article 7 (Transparency);



- serve as forum to hold consultations concerning bilateral questions and international developments in the field of intellectual property rights; such consultations may also take place between experts of the Contracting Parties;
- formulate and submit to the authorities of the Contracting Parties amendments to this Agreement in order to take account of new developments, as well as recommendations in relation with the operation and broadening of the scope of this Agreement pursuant to Article 11 (Review and extension);
- develop economic cooperation according to Article 12.

Article 14

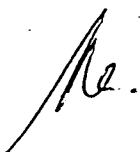
Territorial Application

This Agreement is extended to the Principality of Liechtenstein as long as this country is bound to the Swiss Confederation by a custom's union treaty.

Article 15

Entry into force

For the purpose of the entry into force of this Agreement, the Parties will inform each other by an exchange of notes that their constitutional or other legal requirements have been completed. This Agreement shall enter into force on the date of the exchange of notes or, in the event that the exchange of notes does not take place on the same day, on the date of the last note.



Article 16Termination

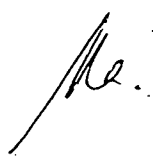
This Agreement shall remain in force unless either Contracting Party shall have given written notice of termination to the other. In such a case the Agreement will be terminated six months after the date on which the written notification is received by the other Contracting Party.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

Done at on in two originals in the English language.

For the Government of the
Republic of Uzbekistan

For the Swiss
Federal Council



AGREEMENT

ON TRADE AND ECONOMIC COOPERATION

BETWEEN

THE SWISS CONFEDERATION

AND

THE REPUBLIC OF KAZAKHSTAN

The Swiss Federal Council
and
the Government of the Republic of Kazakhstan
hereinafter referred to as the "Contracting Parties"

Aware of the particular importance of foreign trade and of different forms of economic cooperation for the economic development of both countries;

Expressing their preparedness to cooperate in seeking ways and means to expand trade and economic relations in accordance with the principles and conditions of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) signed in Helsinki on August 1, 1975, and other CSCE-documents, notably the Charter of Paris for a new Europe and the principles contained in the final document of the Bonn Conference on Economic Cooperation in Europe;

Desirous of creating favourable conditions for a substantial and harmonious development and diversification of trade between them and for the promotion of commercial and economic cooperation in areas of mutual interest

Declaring their readiness to examine, in the light of any relevant factor, the possibility of developing and deepening their relations and to extend them to fields not covered by this Agreement

Reaffirming their commitment to pluralistic democracy based on the rule of law, human rights including the rights of persons belonging to minorities, fundamental freedoms and to market economy;

Resolved to develop their trade relations in accordance with the basic principles of the GATT;

Noting the Swiss Confederation's status as a contracting party of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) and the participation of the Republic of Kazakhstan as an observer in the GATT framework;

Have decided, in pursuit of the above, to conclude this Agreement



Article 1Objective

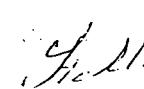
1. The objective of this Agreement is to establish a framework of rules and disciplines for the conduct of trade in goods and economic relations between the Contracting Parties. In particular the Contracting Parties undertake, within the framework of their respective laws and obligations, to harmoniously develop mutual trade as well as various forms of commercial and economic cooperation.
2. The Contracting Parties recognize that the principles established by the CSCE-process constitute an essential element for the achievement of the objective of this Agreement.

Article 2GATT

The Contracting Parties shall make every effort to promote, expand and diversify their trade according to GATT principles, particularly as regards non-discrimination and reciprocity.

Article 3MFN-treatment

1. The Contracting Parties shall accord each other most-favoured-nation treatment with respect to customs duties and charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation of goods as well as taxes and other charges levied directly or indirectly on imported goods, and with respect to the methods of levying such duties, taxes and charges, and with respect to all rules and formalities in connection with trade.



2. Paragraph 1 shall not be construed so as to oblige one Contracting Party to extend to the other Contracting Party advantages it accords
- in order to facilitate frontier trade;
 - with the aim of creating a customs union or a free trade area or pursuant to the creation of such an union or area in accordance with article XXIV of the GATT;
 - to developing countries in accordance with GATT or other international arrangements.

Article 4

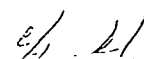
Non-discrimination

No prohibitions or quantitative restrictions, including licensing, on imports from or exports to the territory of the other Contracting Party shall be applied, unless the importation of the like product from third countries or the exportation of the like product to third countries is similarly prohibited or restricted. The Contracting Party which introduces such measures shall implement them in a manner which causes minimum harm to the other Contracting Party.

Article 5

National treatment

The goods of the territory of one Contracting Party imported into the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable than that accorded to like goods of national origin in respect of internal taxes and other internal charges and all laws, regulations and requirements affecting their internal sale, offering for sale, purchase, transportation, distribution or use.



Article 6Payments

1. Unless otherwise agreed between parties to an individual transaction, payments in connection with the trade in goods and in services between those parties shall be made in freely convertible currency.
2. Parties to individual transactions, established in the territory of either Contracting Party, shall not be treated less favourably than parties to individual transactions of any third State with respect to the access to freely convertible currency.

Article 7Other business conditions

1. Goods shall be traded between the parties to individual transactions at market-related prices. In particular state agencies and state enterprises shall make any purchases of imports or sales of exports solely in accordance with commercial considerations including price, quality and availability; they shall, in accordance with customary business practice, accord to enterprises of the other Contracting Party adequate opportunity to compete for participation in such transactions.
2. Neither Contracting Party shall require or encourage parties to individual transactions to engage in barter or countertrade transactions.

*Me.**ch. 11*

Article 8Transparency

The Contracting Parties shall make available their laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings related to commercial activities in general and inform each other of any changes in their tariff or statistical nomenclature.

Article 9Market disruption

1. The Contracting Parties shall consult each other if any good is being imported into the territory of one of them in such increased quantities or on such conditions as to cause or threaten to cause serious injury to domestic producers of like or directly competing goods.
2. The consultations requested pursuant to paragraph 1 shall be held with a view to seeking mutually satisfactory solutions; they shall be completed not later than 30 days from the date of notification of the request by the Contracting Party concerned, unless the Contracting Parties agree otherwise.
3. If, following action under paragraphs 1 to 2, agreement is not reached between the Contracting Parties, the Contracting Party affected by the injury shall be free to restrict imports of the goods concerned to the extent and for such time as is absolutely necessary to prevent or remedy the injury. In this event and after consultations within the Joint Committee, the other Contracting Party shall be free to deviate from its obligations under this Agreement.
4. In the selection of measures pursuant to paragraph 3, the Contracting Parties shall give priority to those which cause the least disturbance to the functioning of this Agreement.

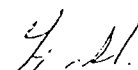
Article 10Intellectual property

1. Considering the importance of intellectual property for the promotion of trade and economic cooperation, the domestic legislation of the Contracting Parties shall ensure full and effective protection of intellectual property rights, including in particular adequate and effective protection of copyright and neighbouring rights, trademarks, geographical indications, patents in all fields of technology, industrial designs, topographies of integrated circuits and undisclosed information know-how.

If the domestic legislation of either Contracting Party does not provide for such protection, the respective Contracting Party shall as soon as possible but not later than five years after the entry into force of this Agreement adjust its legislation. In particular the Contracting Parties shall take all measures to comply with the following multilateral conventions:

- a Paris Convention, of 20 March 1883, for the Protection of Industrial Property (Stockholm Act 1967);
- b Berne Convention, of 9 September 1886, for the Protection of Literary and Artistic Works (Paris Act 1971);
- c International Convention, of 26 October 1961, for the Protection of Performers, Producers of Phonograms and Broadcasting Organisations (Rome Convention).

Furthermore, they shall make best endeavours to adhere to these conventions as well as to multilateral agreements facilitating cooperation in the field of protection of intellectual property rights.



2. The Contracting Parties shall ensure that the enforcement procedures against infringement of intellectual property rights, in particular against counterfeiting and piracy, be non-discriminatory, fair and equitable. They shall not be unnecessarily complicated and costly, or entail unreasonable time limits or unwarranted delays. Such provisions shall include in particular injunctions, damages adequate to compensate for the injury suffered by the right holder, as well as provisional measures.

3. Without prejudice to privileges granted to nationals of other States by virtue of an agreement on the harmonisation or mutual recognition of laws or an agreement facilitating cooperation in the field of protection of intellectual property rights, the Contracting Parties shall accord to nationals of the other Contracting Party treatment not less favourable than that accorded to nationals of any third State.

Article 11

Exceptions

1. Subject to the requirement that such measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination or a disguised restriction on trade between the Contracting Parties, this Agreement shall not preclude the Contracting Parties from taking measures justified on grounds of
 - public morality;
 - protection of human, animal or plant life or health and the protection of the environment;
 - protection of intellectual property;or any other measure referred to in article XX of the GATT.

2. This Agreement shall not limit the right of either Contracting Party to take any action justified on grounds referred to in article XXI of the GATT.

Me

H. St.

Article 12

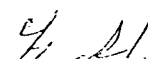
Review and extension

1. The Contracting Parties agree to review the provisions of this Agreement upon request of either of them. Such review may in particular deal with the provisions on the protection of intellectual property rights with a view to further improve protection levels and to avoid or remedy trade distortions caused by intellectual property rights.
2. The Contracting Parties declare their readiness to develop and deepen the relations established by this Agreement and to extend them to fields not covered thereby, such as services and investment. Each Contracting Party may submit reasoned requests to that effect in the Joint Committee.

Article 13

Economic cooperation

1. The Contracting Parties shall make efforts to encourage and promote economic cooperation in areas of mutual interest.
2. The objectives of such economic cooperation shall be, inter alia
 - to reinforce and diversify economic links between the Contracting Parties;
 - to contribute to the development of their economies;
 - to open up new sources of supply and new markets;
 - to encourage cooperation between economic operators with a view to promoting joint ventures, licensing agreements and similar forms of cooperation;



- to enhance structural changes in their economies and to give support to the Republic of Kazakhstan in trade policy matters;
- to encourage the participation of small and medium-sized enterprises in trade and cooperation;
- to further and deepen cooperation in the field of intellectual property, inter alia by developing appropriate modalities for technical assistance between the respective authorities of the Contracting Parties; to this end, they shall coordinate efforts with relevant international organizations.

Article 14

Joint Committee

1. A Joint Committee shall be set up in order to ensure the operation of this Agreement. It shall consist of representatives of the Contracting Parties, act by mutual agreement and meet whenever necessary and normally once a year, alternately in Switzerland and in the Republic of Kazakhstan. It shall be chaired by the representative of the Contracting Party hosting the meeting.
2. The Joint Committee shall in particular
 - keep under review the functioning of this Agreement in particular regarding the interpretation and application of its provisions and the possibility of broadening its scope;
 - examine favourably ways of improving conditions for the development of direct contacts between firms established in the territory of the Contracting Parties;
 - serve as forum for consultations with the aim of solving problems between the Contracting Parties;
 - consider matters related to and affecting trade between the Contracting Parties;

Me.

cf. M.

- review progress towards expanding trade and cooperation between the Contracting Parties;
- exchange trade-related information and forecasts, as well as information pursuant to Article 8 (Transparency);
- serve as forum for consultations pursuant to Article 9 (Market disruption);
- serve as forum to hold consultations concerning bilateral questions and international developments in the field of intellectual property rights; such consultations may also take place between experts of the Contracting Parties;
- formulate and submit to the authorities of the Contracting Parties amendments to this Agreement in order to take account of new developments, as well as recommendations in relation with the operation and broadening of the scope of this Agreement pursuant to Article 12 (Review and extension);
- develop economic cooperation according to Article 13;

Article 15

Territorial Application

This Agreement is extended to the Principality of Liechtenstein as long as this country is bound to the Swiss Confederation by a custom's union treaty.

Article 16

Entry into force

This Agreement shall enter into force on the first day of the month following the day on which both Contracting Parties have notified each other through diplomatic channels that their constitutional or other legal requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

Ma.

Y. 11.

Article 17Termination

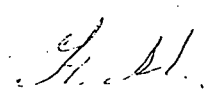
This Agreement shall remain in force unless either Contracting Party shall have given written notice of termination to the other. In such a case the Agreement will be terminated six months after the date on which the written notification is received by the other Contracting Party. Termination of this Agreement shall not affect the fulfilment of obligations or undertakings arising from contracts between economic operators entered into during the period the Agreement was in force.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

Done at on in two originals in the English language.

For the Swiss Federal
Council

For the Government of the
Republic of Kazakhstan



AGREEMENT
ON TRADE AND ECONOMIC COOPERATION
BETWEEN
THE SWISS CONFEDERATION
AND
THE REPUBLIC OF BELARUS

Ullmann

Me.

The Swiss Federal Council

and

The Government of the Republic of Belarus,
hereinafter referred to as the "Contracting Parties"

Aware of the particular importance of foreign trade and of different forms of economic cooperation for the economic development of both countries;

Expressing their preparedness to cooperate in seeking ways and means to expand trade and economic relations in accordance with the principles and conditions of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) signed in Helsinki on August 1, 1975, and other CSCE-documents, notably the Charter of Paris for a new Europe and the principles contained in the final document of the Bonn Conference on Economic Cooperation in Europe;

Reaffirming their commitment to pluralistic democracy based on the rule of law, human rights including the rights of persons belonging to minorities, fundamental freedoms and to market economy;

Desirous of creating favourable conditions for a substantial and harmonious development and diversification of trade between them and for the promotion of commercial and economic cooperation in areas of mutual interest;

Declaring their readiness to examine the possibilities of developing and deepening their relations and to extend them to fields not covered by this Agreement;

Resolved to develop their trade relations in accordance with the basic principles of the GATT;

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Noting the status of the Swiss Confederation as a contracting party of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) and the participation of the Republic of Belarus as an observer in the GATT framework;

Have decided, in pursuit of the above, to conclude this Agreement:

Article 1

Objective

1. The objective of this Agreement is to establish principles, rules and disciplines for the conduct of mutual trade and economic relations between the Contracting Parties. The Contracting Parties undertake, within the framework of their internal legislation and international obligations, to harmoniously develop mutual trade as well as various forms of commercial and economic cooperation.
2. The Contracting Parties recognize that the principles established by the CSCE process are essential for the achievement of the objective of this Agreement.

Article 2

GATT

The Contracting Parties shall make every effort to promote, expand and diversify their trade according to GATT principles, in particular non-discrimination and reciprocity.

Article 3

MFN-treatment

1. The Contracting Parties shall accord each other most-favoured-nation treatment with respect to customs duties and charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation of goods as well as taxes and other charges levied directly or indirectly on imported goods, and with respect to the methods of levying such duties, taxes and charges, and with respect to all rules and formalities in connection with trade.
2. Paragraph 1 shall not be construed so as to oblige one Contracting Party to extend to the other Contracting Party advantages it accords
 - in order to facilitate frontier trade;
 - with the aim of creating a customs union or a free trade area or pursuant to the creation of such a union or area in accordance with article XXIV of the GATT;
 - to developing countries in accordance with GATT or other international arrangements.

Article 4

Non-discrimination

No prohibitions or quantitative restrictions, including licensing, on imports from or exports to the territory of the other Contracting Party shall be applied, unless the importation of the like product from third countries or the exportation of the like product to third countries is similarly prohibited or restricted. The Contracting Party which introduces such measures shall implement them in a manner which causes minimum harm to the other Contracting Party.



Article 5**National treatment**

The goods of the territory of one Contracting Party imported into the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable than that accorded to like goods of national origin in respect of internal taxes and other internal charges and all laws, regulations and requirements affecting their internal sale, offering for sale, purchase, transportation, distribution or use.

Article 6**Payments**

1. Payments in connection with the trade in goods and in services between the countries of the Contracting Parties shall be made in freely convertible currency.
2. Parties to individual transactions of either country shall not be treated less favourably than parties to individual transactions of any third State with respect to the access to freely convertible currency.

Article 7**Other business conditions**

1. Goods shall be traded between the parties to individual transactions at market-related prices. In particular state agencies and state enterprises shall make any purchases of imports or sales of exports solely in accordance with commercial considerations including price, quality and quantity; they will, in accordance with customary business practice, accord to enterprises of the other Contracting Party adequate opportunity to compete for participation in such transactions.



2. Neither Contracting Party will require parties to individual transactions to engage in barter or countertrade transactions, nor will they encourage them to do so.

Article 8

Transparency

The Contracting Parties shall make available their legislation, judicial decisions and administrative rulings related to commercial activities and inform each other of changes in their tariff or statistical nomenclature.

Article 9

Emergency action on imports of particular products

1. The Contracting Parties shall consult each other if any good is being imported into the territory of one of them in such increased quantities or on such conditions as to cause or threaten to cause serious injury to domestic producers of like or directly competing goods.
2. The consultations requested pursuant to paragraph 1 shall be held with a view to seeking mutually satisfactory solutions; they shall be completed not later than 30 days from the date of the written request by the Contracting Party concerned, unless the Contracting Parties agree otherwise.
3. If, following action under paragraphs 1 to 2, agreement is not reached between the Contracting Parties, the Contracting Party affected by the injury shall be free to restrict imports of the goods concerned to the extent and for such time as is absolutely necessary to prevent or remedy the injury. In this event and after consultations within the Joint Committee, the other Contracting Party shall be free to deviate from its obligations under this Agreement.



4. In the selection of measures pursuant to paragraph 3, the Contracting Parties shall give priority to those which cause the least disturbance to the functioning of this Agreement.

Article 10

Intellectual property

1. Considering the importance of intellectual property for the promotion of trade and economic cooperation, the domestic legislation of the Contracting Parties shall ensure full and effective protection of intellectual property rights, including in particular adequate and effective protection of copyright and neighbouring rights, trademarks, geographical indications, patents in all fields of technology, industrial designs, topographies of integrated circuits and undisclosed information know-how.

If the domestic legislation of either Contracting Party does not provide for such protection, the respective Contracting Party shall spare no effort within its powers to adjust its legislation as soon as possible but not later than three years after the entry into force of this Agreement. In particular the Contracting Parties shall take all measures to comply with the substantive standards of the following multilateral conventions:

- a Paris Convention, of 20 March 1883, for the Protection of Industrial Property (Stockholm Act, 1967);
- b Berne Convention, of 9 September 1886, for the Protection of Literary and Artistic Works (Paris Act, 1971);
- c Universal Copyright Convention, of 6 September 1952;
- d International Convention, of 26 October 1961, for the Protection of Performers, Producers of Phonograms and Broadcasting Organisations (Rome Convention).

[Handwritten signature]


[Handwritten signature]

Furthermore, to the extent that they are not already member to these conventions, they shall make best endeavours to join them as well as multilateral agreements facilitating cooperation in the field of protection of intellectual property rights.

2. The Contracting Parties shall ensure that the enforcement procedures against infringement of intellectual property rights, in particular against counterfeiting and piracy, be non-discriminatory, fair and equitable. They shall not be unnecessarily complicated and costly, or entail unreasonable time limits or unwarranted delays. Such provisions shall include in particular injunctions, damages adequate to compensate for the injury suffered by the right holder, as well as provisional measures.
3. Without prejudice to privileges granted to nationals of other States by virtue of an agreement on the harmonisation or mutual recognition of laws or an agreement facilitating cooperation in the field of protection of intellectual property rights, the Contracting Parties shall accord to nationals of the other Contracting Party treatment not less favourable than that accorded to nationals of any third State.
4. With a view to further improve protection levels and to avoid or remedy trade distortions related to intellectual property rights, reviews under Article 14 of this Agreement may in particular deal with the provisions on the protection of intellectual property rights.

Article 11

Exceptions

1. Subject to the requirement that such measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination or a disguised restriction on trade between the Contracting Parties, this Agreement shall not preclude the Contracting Parties from taking measures justified on grounds of
 - public morality;
- 

- protection of human, animal or plant life or health and the protection of the environment;
- protection of intellectual property;

or any other measure referred to in article XX of the GATT.

2. This Agreement shall not limit the right of either Contracting Party to take any action justified on grounds referred to in article XXI of the GATT.

Article 12

Economic cooperation

1. The Contracting Parties shall make efforts to encourage and promote economic cooperation in areas of mutual interest.
2. The objectives of such economic cooperation shall be, inter alia
 - to reinforce and diversify economic links between the Contracting Parties;
 - to contribute to the development of their economies;
 - to open up new sources of supply and new markets;
 - to encourage cooperation between economic operators with a view to promoting joint ventures, licensing agreements and similar forms of cooperation;
 - to enhance structural changes in their economies and to give support to the Republic of Belarus in trade policy matters;

1/10/04

Me.

- to encourage the participation of small and medium-sized enterprises in trade and cooperation;
- to further and deepen cooperation in the field of intellectual property, inter alia by developing appropriate modalities for technical assistance between the respective authorities of the Contracting Parties; to this end, they shall coordinate efforts with relevant international organizations.

Article 13

Joint Committee

1. A Joint Committee shall be set up in order to ensure the operation of this Agreement. It shall consist of representatives of the Contracting Parties, act by mutual agreement and meet whenever necessary and normally once a year in Switzerland and Belarus alternately. It shall be chaired alternately by each of the Contracting Parties.
2. The Joint Committee shall in particular
 - keep under review the functioning of this Agreement in particular regarding the interpretation and application of its provisions and the possibility of broadening its scope;
 - examine favourably ways of improving conditions for the development of direct contacts between firms established in the territory of the Contracting Parties;
 - serve as forum for consultations with the aim of solving problems between the Contracting Parties;
 - consider matters related to and affecting trade between the Contracting Parties;

1.1.11.11

Be

- review progress towards expanding trade and cooperation between the Contracting Parties;
- exchange trade-related information and forecasts, as well as information pursuant to Article 8 (Transparency);
- serve as forum for consultations pursuant to Article 9 (Emergency action on imports of particular products);
- serve as forum to hold consultations concerning bilateral questions and international developments in the field of intellectual property rights; such consultations may also take place between experts of the Contracting Parties;
- develop economic cooperation according to Article 12;
- formulate and submit to the authorities of the Contracting Parties amendments to this Agreement in order to take account of new developments, as well as recommendations in relation with the operation and broadening of the scope of this Agreement pursuant to Article 14 (Review and extension).

Article 14

Review and extension

1. The Contracting Parties agree to review the provisions of this Agreement upon request of either of them.
2. The Contracting Parties declare their readiness to develop and deepen the relations established by this Agreement and to extend them to fields not covered thereby, such as services and investment. Each Contracting Party may submit reasoned requests to that effect in the Joint Committee.

Article 15

Territorial application

This Agreement is extended to the Principality of Liechtenstein as long as this country is bound to the Swiss Confederation by a customs union treaty.

Article 16

Entry into force

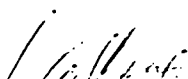
This Agreement shall enter into force on the first day of the month following the day on which both Contracting Parties have notified each other through diplomatic channels that their constitutional requirements or other procedures provided for in their legislation for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

Article 17

Denunciation

Either Contracting Party may denounce this Agreement by means of a written notification to the other Contracting Party. This Agreement shall cease to be in force six months after the date on which the notification is received by the other Contracting Party.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.



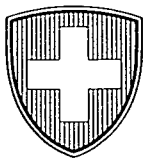
Done at _____ on _____, in two originals, in the French, Belarusian and English language, each text being equally authentic. In case of divergencies the English text shall prevail.

For the Swiss Federal
Council

For the Government of the
Republic of Belarus

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

26. MRZ 1993

An den Bundesrat

Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Republiken Kasachstan bzw. Usbekistan und Weissrussland (Belarus)

Mitbericht
 zum Antrag EVD vom 17.3.93

Mit dem Antrag des EVD sind wir im **wesentlichen einverstanden**. Die Absicht, die drei Abkommen ab dem Datum der Unterzeichnung bis zur Ratifikation vorläufig anzuwenden, gibt uns indes - im Hinblick auf die Erarbeitung der Botschaft an die Bundesversammlung - zu folgenden Bemerkungen Anlass:

1. Gemäss Darstellung des EVD dient die vorläufige Anwendung wesentlichen schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Sinne von Artikel 2 des Aussenwirtschaftsgesetzes. Diese Aussage vermag in Anbetracht des äusserst geringen Aussenhandelsvolumens mit den drei Republiken nicht zu überzeugen, zumal dieses Volumen auch mit einer sofortigen Anwendung der Abkommen kurzfristig nicht markant ansteigen dürfte.

Die vorläufige Anwendung lässt sich u.E. also nicht auf Artikel 2 des Aussenwirtschaftsgesetzes (Wahrung wesentlicher schweizerischer Wirtschaftsinteressen) abstützen. Es ist jedoch allgemein anerkannt und entspricht konstanter Praxis, dass der Bundesrat auch unbesehen von spezialgesetzlichen Ermächtigungen Staatsverträge vorläufig anwenden kann, sofern eine sofortige Anwendung zur Wahrung wesentlicher (schweizerischer) Interessen irgendwelcher Natur dringend geboten ist. Ein solches Interesse kann im vorliegenden Fall insofern bejaht werden, als die drei Republiken

vorab zur Unterstützung ihrer Reformbestrebungen raschestmöglich auch in ein Wirtschaftsvertragsnetz eingebunden werden müssen, worin die vorliegenden Abkommen immerhin einen Mosaikstein bilden. Die sofortige Anwendung der Abkommen liegt also in erster Linie im Interesse der drei Republiken, letztlich aber auch in einem eminent aussenpolitischen Interesse der Schweiz.

Angefügt sei, dass die Spezialnorm des Aussenwirtschaftsgesetzes (vorläufige Anwendung zur Wahrung wesentlicher schweizerischer Wirtschaftsinteressen) nicht daran hindert, sich bei der vorläufigen Anwendung von Abkommen über den Waren-, Dienstleistungs- und Zahlungsverkehr auch auf anderweitige Interessen und somit auf die allgemein anerkannte, ungeschriebene Kompetenz zu berufen. Denn Artikel 2 des Aussenwirtschaftsgesetzes will in bezug auf solche Abkommen nicht die Berufung auf anderweitige Interessen verunmöglichen und somit die Möglichkeit der vorläufigen Anwendung einschränken (e contrario-Schluss), sondern nur das am häufigsten in Betracht fallende Interesse ausdrücklich hervorheben.

Wir ersuchen somit das EVD, in der auszuarbeitenden Botschaft die Begründung entsprechend anzupassen.

2. Im übrigen gehen wir davon aus, dass die Erklärungen zur vorläufigen Anwendung anlässlich der Unterzeichnung nicht nur einseitig von der Schweiz, sondern gegenseitig von beiden Vertragsparteien abgegeben werden. Denn nur so ist es völkerrechtlich überhaupt zulässig, die Abkommen vorläufig anzuwenden (s. Art. 25 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge).

EIDGENÖSSISCHES
JUSTIZ UND POLIZEDEPARTEMENT

A. Koh



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Jean-Pascal D e l a m u r a z , Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral de l'économie publique, ou son suppléant, à signer l'"Agreement on trade and economic cooperation between the Swiss Confederation and the Republic of Belarus".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 31 mars 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Franz B l a n k a r t , Secrétaire d'Etat, Chef de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, ou son suppléant, à signer l'"Agreement on trade and economic cooperation between the Swiss Confederation and the Republic of Kazakhstan".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 31 mars 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Jean-Pascal D e l a m u r a z , Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral de l'économie publique, ou Monsieur Franz B l a n k a r t , Secrétaire d'Etat, Chef de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, ou son suppléant, à signer "l'Agreement on trade and economic cooperation between the Swiss Confederation and the Republic of Kazakhstan".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 22 décembre 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Otto S t i c h , Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des finances, ou son suppléant, à signer l'"Agreement on trade and economic cooperation between the Republic of Uzbekistan and the Swiss Confederation".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 31 mars 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération: